

Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes : alternative Modelle in der angelsächsischen Diskussion

Autor(en): **Creydt, Meinhard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **21 (2001)**

Heft 40

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651786>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes

Alternative Modelle in der angelsächsischen Diskussion

Ein kohärentes und realitätsnahes Strukturmodell anderen Wirtschaftens tut angesichts des Mangels an Alternativkonzepten zur herrschenden Ökonomie not. Die Kritik gegenwärtiger „Sachzwänge“ ist blockiert, wenn letztere zwar vielleicht als bedauerlich, aber unumgänglich gelten und die ökonomische Eigenlogik als unüberwindbar und bestenfalls von außen gestaltbar angesehen wird. Umso interessanter ist eine dies durchkreuzende, hierzulande aber fast unbekannte angelsächsische Diskussion, die ich im folgenden vorstelle. „Wenn Leute für sozialistische Politik gewonnen werden sollen, werden sie imstande sein müssen voraussehen, was Sozialismus sein könnte. ... Ein Grund der gegenwärtigen Schwäche der europäischen Linken ist ihr Unvermögen, in ausreichendem Detail zu spezifizieren, was ihre alternative Vision beinhaltet und wie sie mit den mannigfaltigen Komplexitäten des sozialen Lebens in modernen Gesellschaften umgeht.“ (Breitenbach et. al. 1990)¹

Dem Modell partizipatorischer Planung zufolge werden Entscheidungen direkt oder indirekt von denjenigen getroffen, die von ihnen betroffen sind. Beteiligt sind also „nicht nur Arbeiter und Konsumenten, sondern ebenso die Gemeinden, in denen die Produktion stattfindet, wie Repräsentanten von regionalen und gesellschaftsbezogenen Entscheidungsträgern sowie Gruppen, die mit besonderen Issues befaßt sind, wie Umwelt oder Gleichbehandlung. ... Breite soziale Prioritäten werden in einem demokratischen Prozess auf der Basis von alternativen Planvarianten entschieden, die von einer Plankommission vorbereitet sind und die wesentlichen Optionen reflektieren, welche in vorbereitenden öffentlichen Diskussionen sich herauskristallisiert haben.“ (Devine 1992,83) Die Unternehmen werden geleitet durch Ausschüsse, die sich aus Repräsentanten der genannten Gruppen zusammensetzen.

Devine (1992) schlägt keine vorherige Koordination von Nachfrage und Angebot für alle Produkte vor und votiert nicht für die Abschaffung des Marktes. Jedes Unternehmen entscheidet vielmehr, was es mit seinen existierenden Kapazitäten produzieren will und in welchen Mengen aufgrund der zu erwartenden Nachfrage. Die Flexibilität und die Aufmerksamkeit für Kundennachfrage im Gebrauch der existierenden Kapazitäten, die gemeinhin mit dem Marktmechanismus assoziiert werden, sind zentraler Bestandteil des Modells partizipatorischer Planung. Es fördert die soziale Mobilisierung des dezentralen Wissens (Adaman/Devine 1997, 75). Die kooperative und partizipatorische Planung „würde die Basis des konventionellen Gegensatzes zwischen Markt und Plan überwinden: das heißt den Gegensatz zwischen vorgängiger Koordination – die durch den Plan er-

reicht werden sollte, was sich als unmöglich zu lösende Aufgabe herausgestellt hat – und der nachträglichen Koordination durch den Markt, mit all seinen Folgeproblemen von Rezession bis Verschwendung.“

Kooperative Planung ist ein Prozess, der weder einfach als vorgängig oder nachträglich betrachtet werden kann. Er wäre in dem Sinne vorgängig, indem über ein sozialisiertes Wissen über Markttrends (z.B. was das Centro Informazione Tessile dell' Emilia Romagna – vgl. dazu auch Wainwright 1994, 172ff., und andere Institutionen im spanischen Mondragon ausprobieren) oder über die Zusammenarbeit bei der Erforschung von Marktchancen (was z.B. die Twin Trading Group für Produkte aus der Dritten Welt betreibt) versucht würde, das richtige Angebot für die vorhandene Nachfrage vorherzuplanen. Dabei könnte ein sozial gerechteres und egalitäreres Gleichgewicht herauskommen, als es ein atomisiertes Einzelunternehmen gegenüber dem Markt erreichen könnte – wobei es sich natürlich nur um eine Annäherung an ein Gleichgewicht handelt. Öffentliche und kooperative Aktionen im nachhinein wären notwendig, um trotzdem aufgetretene Fehlallokationen von Ressourcen zu beseitigen. (Wainwright 1994, 273)

Hilary Wainwright arbeitet die zentrale Relevanz des sozialen Wissens heraus und tritt für dessen Verallgemeinerung im Unterschied zu seiner einseitigen Aneignung ein. Die Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Wissen machen ein Problem auch der Hierarchien in Betrieben aus. Netzwerke sind demgegenüber demokratisch zu organisieren. Wainwright sieht dafür Ansätze beispielsweise in der internationalen Kooperation von Gewerkschaften und NGOs in bezug auf Arbeitsbedingungen, Mindestlöhne, Umweltschutz usw., aber auch in Wissenschaftsläden. Auch lokale regionalökonomische Netzwerke können als Vorformen des Anzustrebenden gelten. Wainwright setzt Netzwerke sozialer Bewegungen und der Gewerkschaften gegen Unternehmensnetzwerke ab und schreibt diesen emanzipatorischen Netzwerken eine gelingende Arbeitsteilung und zugleich ein Minimum an Hierarchie zu (S. 169). Die Öffnung und Verallgemeinerung ökonomischen Wissens seien „eine Basis für kooperative ökonomische Koordination, die ebensowenig unrealistische Vorannahmen und Voraussetzungen macht in bezug auf die Möglichkeit totaler Transparenz wie in bezug auf die permanente Partizipation des Volkes über die Institutionen des Alltagslebens hinaus.“ (Wainwright 1994, 273, vgl. Elson 1990, 104) „Transparenz könnte eher durch die Zugängigkeit als durch die permanente Möglichkeit eines kompletten Bildes erreicht werden. Letztere stellt sich in der Realität als Unmöglichkeit oder als autoritäre Phantasie heraus.“ (S. 183)

Wainwright sieht die Netzwerke als Chance, der historisch sattsam bekannten Unterminierung ökonomischer Selbstverwaltung durch Marktprozesse und durch die (auch bei Selbstverwaltung nicht aufgehobenen) Partialinteressen der einzelnen Akteure und Unternehmen (vgl. dazu auch Braun 1999) anders zu begegnen als allein durch den Staat, der gerade über die dezentral verankerten Wissensbestände nicht verfügt. Sie mit anderen Wissensbereichen zu vernetzen und diesen Prozess demokratisch zu gestal-

ten, das ist Wainwrights Projekt. Es geht ihr darum, das notwendige Wissen entlang der ganzen Kette beispielsweise von Produktion, Distribution und Konsumtion zusammenzubringen und für die Gestaltung der Güter und Dienstleistungen sowie ihrer Erarbeitung maßgebend werden zu lassen. Es geht ihr darum, die Interdependenzen von Konsum, Produktion und Bedingungen des täglichen Lebens bewußt zu repräsentieren und zu gestalten – im Gegensatz zum Warenfetischismus (S. 167f.), der die Welt in voneinander isolierte Kauf-Verkauf-Akte aufspaltet und damit Käufersouveränität und Anbietergeschick in den Vordergrund stellt.

Als praktischer Ansatz einer gesellschaftlichen Gestaltung des Wirtschaftens sind in der Debatte die Aktivitäten der linken Londoner Stadtverwaltung (Greater London Council) in den 80er Jahren ein interessantes Thema. Über sie und die Abschaffung des GLC durch die Thatcher-Regierung informieren Livingstone (1987) und MacIntosh/Wainwright (1987). In einem internationalen Symposium über „Lokale Ökonomie“ (vgl. Forschungsprojekt „Lokale Ökonomie“ an der TU Berlin (Hg.) 1994) wurde geschildert, wie im London des GLC beispielsweise „öffentliche Entwicklungswerkstätten für Produktentwicklung und -innovation“ zugeschnitten auf die notwendigen Produkte den „geeigneten Ort (bilden), an dem Ideenträger, Experten, Nutzer und Produzenten zusammenkommen und gemeinsam nach Lösungswegen suchen. ... Die technischen und wirtschaftlichen Ressourcen können über Vernetzung und Kooperationsvereinbarungen mit Hochschulen, Bildungsstätten und Forschungseinrichtungen erschlossen werden.“ (Birkhölzer in Forschungsprojekt 1994, 31; vgl. auch den ebenda erschienenen Bericht über den GLC von Dave Elliott: Zurück zu den Grundlagen: Sozial nützliche Produktion).

Im Unterschied zu Modellen des „Marktsozialismus“ faßt Devine sein Modell vereinbarter Koordination als antizipatorisch auf. „Es antizipiert eine Gesellschaft, in der die Leute im Prinzip wünschen, im sozialen Interesse zu handeln. Das Problem besteht dabei darin, daß sie gemeinsam zu entscheiden haben, was dieses gemeinsame soziale Interesse in der Praxis bedeutet. Der Prozeß der vereinbarten Koordination würde eine Übung in Selbstregierung darstellen, die nicht ein illegitimes Konzept eines als unproblematisch unterstellten sozialen Interesses anruft. Stattdessen wird gerade das soziale Interesse auf jedem Level der Entscheidungsfindung definiert durch jene, deren Interesse es ist.“ (Devine 1992, 85) Er weist darauf hin, es sei ein Problem, zu entscheiden, welche Interessen in welcher Proportion in einem Betrieb repräsentiert sein sollen.

Allerdings handele es sich dabei um eine für partizipatorische Demokratie allgemein bekannte Schwierigkeit. Dem Einwand, es entstehe eine administrative Aufblähung der Gremien und eine zu große Komplexität, begegnet er mit dem Hinweis darauf, daß den Entscheidungen der Unternehmensgremien politisch vorentschiedene Maßgaben und Richtungslinien zugrundeliegen (S. 86). Devine geht davon aus, dass ein Entscheidungsprozess, in dem alle Betroffenen beteiligt sind, zu einem größeren Verständ-

nis der involvierten unterschiedlichen Belange führe und eine Dynamik in Richtung Kompromiss und Konsens hervorbringe (S. 87, vgl. dazu auch Barber 1994).

„Wenn eine Körperschaft vereinbarter Koordination entscheidet, daß die Leistung eines ihrer Betriebe unbefriedigend wäre, würde das Unternehmen die Gründe dafür sich und den betroffenen anderen klarmachen und ihm würde Zeit gegeben, korrigierend tätig zu werden. Wenn das Unternehmen schlußendlich zu reagieren versagt und Sanktionen als nötig angesehen werden, würden sie die Form einer Verweigerung von Zuschüssen für die laufende Produktion oder für neue Investitionen annehmen.“ In Abgrenzung zu den Anreizsystemen des „Realen Sozialismus“ und gegen marktgestützte Prämien im Marktsozialismus arbeitet Devine das Problem heraus: „Der antisoziale Impuls enger sektionaler oder privatinteressierter Motivationen kann begrenzt werden, aber diesen Impuls zu begrenzen, heißt gerade nicht, ihn auszunutzen und durch Anreize zu bedienen, die das zugrundeliegende enge Interesse belohnen und dadurch bestärken.“ (Devine 1992, 85) Diese Thematik ist übrigens bereits zu früherer Zeit in der Diskussion des „materiellen Anreizes“ im Realen Sozialismus breit diskutiert worden (vgl. die Debatte in der *New Left Review* in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, dokumentiert in Bettelheim u.a. 1972; vgl. auch Guevara 1972).²

Marktsozialistische Konzepte kombinieren Effizienz mit sozialistischen Zielen. Devine hebt das Argument von Brus und Laski (1990) hervor, die gewöhnlich mit Marktmechanismen assoziierte Effizienz hänge nicht von ihnen ab, sondern vom Anreiz per Profit oder Verlust. Im Rahmen dieses Anreizsystems müßten Unternehmen aber völlig autonom sein und frei in ihren Investitionsentscheidungen. „Sie müssen, in anderen Worten, de facto Privatbesitz sein derjenigen, die die Entscheidungen direkt oder indirekt treffen. Wenn das richtig ist, können Modelle des Marktsozialismus allein dann an ihren Effizienzzielen festhalten, wenn die Ressourcen primär durch Marktkräfte verteilt werden. In diesem Fall können Investitionen nicht sozialisiert werden.“ (Devine 1992, 86) Es sollen jene, „die davon träumen, Kollektivismus mit ökonomischer Anarchie zu verheiraten, auf keinen Fall vorgeben, die Nachkommen würden nur die positiven Werte dieses unglücklichen Paares erben.“ (Dobb 1937, 279) „Der wesentliche Unterschied liegt zwischen einer Ökonomie, in der die vielfältigen Entscheidungen, die die Produktion regieren, in Ignoranz des Restes getroffen werden, und einer Ökonomie, in der solche Entscheidungen koordiniert und vereinigt sind.“ (S. 274)

Nicht zuletzt gilt: „Sozialistische ökonomische Arrangements sollen kooperatives Verhalten eher ermutigen als feindliche konkurrenzhafter Beziehungen. Schließlich bleibt die Überzeugung stark und dies mit guten Gründen, daß Marktkräfte Entfremdung und ein Gefühl von Hilflosigkeit verstärken, Objekt von Kräften außerhalb der eigenen Kontrolle zu sein, statt Partizipation in einem Prozess individueller und kollektiver Selbstbestimmung zu fördern.“ (Adaman/Devine 1997, 72) „Marx wollte die Welt nicht allein von den mit dem Privateigentum verbundenen Ungleichheiten

befreien, sondern von der mit dem Marktsystem verbundenen Entfremdung und dem Warenfetischismus.“ (Weisskopf 1992, 12)

Ein auf deutsch zwar bereits 1990 publiziertes, aber kaum diskutiertes Konzept zur Wirtschaftsgestaltung findet sich bei *Diane Elson*. Einen ersten Ausgangspunkt bildet das kapitalistischen Märkten eigene Übergewicht von Anbietern gegenüber Käufern aufgrund eines Informationsvorsprungs, aufgrund der betrieblichen Geheimhaltung von Informationen und aufgrund der professionelleren Einkaufs- und Verkaufspolitik der Unternehmen im Vergleich zu den Konsumenten. Es „handeln Haushalte im Normalfall die Preise nicht mit den Einzelhändlern aus; wenn sie feilschen können, z.B. mit einer Baufirma oder einem Innenarchitekten, hängt die Fähigkeit, einen guten Preis zu erzielen, davon ab, ob sie ein beträchtliches Maß an Zeit und Know-how einbringen können. Meistens kann die Wahl nur innerhalb einer vorausbestimmten Warenpalette zu vorausbestimmten Preisen getroffen werden, die die Haushalte lediglich annehmen oder ablehnen können, während Unternehmen große Mittel einsetzen können, um Haushaltsüberlegungen zu beeinflussen und die Kenntnisse der Haushalte von den Produkteigenschaften zu kontrollieren. Haushalte sind nicht in der Lage, spezialisierte Einkäufer zu beschäftigen, um zu garantieren, daß sie die beste Ware erhalten“ (S. 64). Es geht also in der gesellschaftlichen Veränderung nicht allein um eine Umgestaltung der Produktion, sondern auch um eine Umgestaltung des Einkaufens.

Das Ziel ist nicht nur, für das isolierte Bedürfnis das beste Befriedigungsgut herauszufinden, sondern auch, das Wissen um die Folgen der individuellen Entscheidung für andere in diese Entscheidung zu internalisieren bzw. ein solches Wissen zu verbreiten. „Die atomisierten Entscheidungen des Marktes ermöglichen eine Wahl zwischen alternativen, stückweisen, marginalen Anpassungen, aber nicht zwischen alternativen Gesamtzuständen: Wahlmöglichkeit im kleinen garantiert keine Wahlmöglichkeit im großen“ (S.75). Der Marktmechanismus liefere keine Informationen über die Absichten, Wünsche und Werte, sondern nur „Informationen über das Ergebnis von Entscheidungen. ... Auf Märkten können Entscheidungsträger keine direkten Verbindung mit den Wünschen, Hoffnungen und Werten anderer herstellen“ (S. 71). Es fehlt die „Gelegenheit zu kollektiver gesellschaftlicher Reflexion und Diskussion, die zu einer anderen Entscheidungsfolge führen könnte. ... Marktprozeduren bieten keine Kanäle für Entscheidungsträger, ihre Wahl vor der Entscheidung noch einmal zu überdenken, noch sich gemeinsam mit anderen über Veränderungen der Ziele zu beraten“ (ebd.). Elsons Kritik am Markt orientiert sich am Vergleich „mit der Entscheidung in einem Ausschuß oder einem Team, wo jeder Teilnehmer sich über die Absichten und Präferenzen der anderen Teilnehmer vergewissern kann, bevor eine Entscheidung fällt“ (S.70).

Elsons Grundforderung richtet sich auf die Sozialisierung des Preisbildungsprozesses. Durch die Veröffentlichung der Informationen über Stückkosten und Profitspannen soll für Transparenz gesorgt werden. „Käufer/

Verkäufer-Netze wären die Grundlage für einen dezentralisierten sozialen Planungsprozeß, in dem die Implikationen der Investitionspläne verschiedener Einheiten vor dem Abschluß der Pläne eingeschätzt werden könnten“ (S. 94). Die auch in Marktökonomien ausgebildeten informellen Netze sollen „in öffentliche Informationsnetze mit allgemeinem Zugang überführt werden – statt in ‘inneren Kreisen’ oder ‘Industrieclubs’ stattzufinden, aus denen ‘Außenseiter’ ausgeschlossen bleiben. Derartige Netze hätten Sekretariate, die aus Steuergeldern bezahlt werden statt durch den Verkauf ihrer Dienstleistungen“ (S. 91). Sozialisierte Märkte werden „von öffentlichen Körperschaften getragen, die mehr aus der Besteuerung der Unternehmen und Haushalte finanziert werden als aus ihren Umsätzen“ (ebd.).

Die Sozialisierung des Informationsflusses erweist sich auch deshalb als notwendig, weil ohne sie selbstverwaltete Betriebe untereinander, aber auch gegenüber Auftraggebern und Konsumenten eigene Vorteile erwirtschaften können (Verringerung der zu leistenden Arbeit durch zu niedrig angesetzte eigene Leistungskapazität, Horten von Ressourcen, Verteilung von betrieblichen Überschüssen in Form persönlichen Einkommens in Unterschied zur kollektiven Reinvestition) – mit all den damit einhergehenden Unkosten des Mißtrauens, der Antizipation der Fehlinformation und der Manipulation und auf ihr aufbauenden gegen- und übersteuernden restriktiven Maßnahmen.

Elson schlägt ein „Amt für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen“ vor. Es werden nicht, wie von Behörden einer Zentralplanwirtschaft, Produktionsziele festgelegt und Produktionsmaterial verteilt, das anvisierte Amt solle „bestimmte demokratisch festgelegte Normen für die Nutzung öffentlicher Anlagen durchsetzen. ... Der Regulator der öffentlichen Unternehmen würde im Namen der Gemeinschaft die Eigentumsrechte an den Unternehmen ausüben, während die Unternehmensangestellten auf Nutzerrechte beschränkt wären“ (S. 89f.). Die Unternehmensaktivitäten finden im Rahmen ebenso enger wie durch gut ausgestattete Inspektoren überprüfter Umweltschutz-, Gesundheits-, Sicherheits- und Verbraucherschutznormen statt (S. 90). „Betriebsgründungen würden ermutigt. Teams von Arbeitern könnten beim Regulator die Erlaubnis beantragen, ein neues öffentliches Unternehmen zu gründen, und sich dafür (gegen Zinsen) öffentliche Gelder zuweisen zu lassen. In einigen Industriezweigen könnte ein System eingeführt werden, wonach Teams von Arbeitern beim Regulator beantragen könnten, öffentliche Einrichtungen für einen bestimmten Zeitraum zu betreiben. Es gäbe Spielraum für eine Vielfalt von Formen öffentlicher Kontrolle und dezentralisierter Initiative“ (ebd.).

Elson schließt Kapitalmärkte mit Übernahmen und Bankrotten aus. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit von Unternehmen und der Notwendigkeit, sie zu sanieren, handelt der Regulator der öffentlichen Unternehmen. Seine Aufgabe ist es, die Unternehmen zu restrukturieren. Die Maxime dabei ist, Entlassungen zu vermeiden und „den Angestellten vergleichbare Arbeitsplätze in anderen Unternehmen anzubieten oder ihnen nach einer Umschulung neue Arbeitsplätze zu verschaffen. Angestellte hätte in diesem Prozeß

klar definierte Rechte und könnten sie vor Gericht durchsetzen. Der Regulator der öffentlichen Unternehmen würde eine Übergangsfinanzierung organisieren und hätte auch das Recht, die Gelder zurückzuhalten, wenn Arbeiter eher einen bequemen Arbeitsplatz suchen, als sich auf eine Restrukturierung einzulassen“ (ebd.).

Die Selbstverwaltung der Betriebe stellt ein Gegengewicht dar zu einer einseitigen Befriedigung von Konsumenteninteressen, mit der die Steigerung des Konsumnutzens sich zulasten der Arbeit auswirkt, indem sie eine Intensivierung der Arbeit, Abstriche an den Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen oder Entlassungen bedeutet. Allerdings müßte im Unterschied zu Elson für die Diskussion der Arbeitsmotivation weiter ausgeholt werden. Unqualifizierte und partialisierte Arbeiten ermöglichen schon von der Arbeitsqualität her wenig Verantwortung und Internalisierung der Effekte der Arbeit in sie selbst – ein Problem, auf das Gorz im „Abschied vom Proletariat“ (1980) nachdrücklich hingewiesen hat. Die Waren- und Profitwirtschaft verstärkt diese Indifferenz noch zusätzlich, indem sie Schäden positiv bewertet als Gelegenheit, Angebote zu lancieren. In beiden Dimensionen böte eine umfangreiche Umgestaltung der Arbeiten mit dem Ziel der Professionalisierung Chancen dafür, human gestaltete und sozial verantwortliche Arbeit zum gesellschaftlich herrschenden Paradigma zu machen. (Zur Diskussion des Gegenarguments der Effizienzeinbuße habe ich andernorts ausführlich Stellung genommen, vgl. Creydt 2000.)

Elson schlägt vor, „einen Verbraucherverband zu bilden, der als Netz-Koordinator fungiert, zwischen Haushalten und Unternehmen aus Produktion, Groß- und Einzelhandel von Konsumgütern und Dienstleistungen. Er würde Informationen über die Qualität der Güter und Dienste liefern, ebenso wie das Verbraucherverbände in einigen industrialisierten kapitalistischen Ländern tun; aber er würde mehr tun. Er würde auch Informationen liefern über die Bedingungen, unter denen Güter und Dienstleistungen erbracht werden, und über ihre Implikationen für die Umwelt. ... Waren, die unter ‘empfehlenswerten’ Bedingungen produziert werden (sei es in bezug auf Ökologie, Geschlechterdiskriminierung oder humane Arbeitsbedingungen), könnten hervorgehoben werden. Der Verbraucherverband würde Haushalte dazu erziehen, die Implikationen ihrer Einkäufe breiter zu überschauen, als nur die unmittelbar notwendigen Einkäufe so billig als möglich zu tätigen. Das würde Haushalten helfen zu erkennen, daß das, was auf den ersten Blick und vom individuellen Gesichtspunkt aus als ‘guter Kauf’ erscheint, langfristig alle möglichen schädlichen Folgen haben kann“ (S. 101). Beim Verbraucherverband wären alle Unternehmen mit ihren Angeboten an Gütern und Dienstleistungen registriert.

Bei aller Wünschbarkeit der Dezentralisierung von Entscheidungen zur Kapazitätsauslastung und Innovation bleibt Elson zufolge zentrale Planung für die gesamte Wirtschaft notwendig als Gesamtstrategie, „um festzulegen, welche Sektoren expandieren, welche abnehmen sollen; wieviel für Investitionen und wieviel für Konsum angesetzt werden soll; und welche

Engpässe behoben, welche als Grenzen akzeptiert werden sollen. Aber diese Strategie würde nicht durch die zentralisierte Zuweisung materieller Ressourcen und Produktionsziele für jedes Unternehmen durchgesetzt“ (S. 94). Die zentrale Planung setzt Parameter fest, innerhalb deren einzelne Unternehmen operieren, und antizipiert wichtige Interdependenzen – „in Form einer Leitlinie, einer Vision der Zukunft, nicht einer Vorgehensweise zur detaillierten Zuweisung materieller Inputs. Die Planer im Zentralbüro für Wirtschaftsplanung würden sich auf die Informationsnetze von Käufern und Verkäufern von Schlüsselressourcen stützen, um alternative Szenarios zu entwerfen“, über die dann demokratisch entschieden werde (S. 103).

Elson schlägt eine ähnliche Festlegung der Preise durch die Preiskommission vor, so „daß die durchschnittlichen Stückkosten die Grundlage wären und die Gewinnspanne von den Investitionsbedürfnissen der Wirtschaft bestimmt wird. Je höher das Investitionstempo, das sich aus der durch den Planungsprozeß festgelegten Strategie ergibt, desto höher die Gewinnspanne. Diese könnte in den einzelnen Industriezweigen variieren, um einen höheren Überschuß dort zu erreichen, in denen die Strategie eine Expansion vorsieht, und einen geringeren Überschuß dort, wo Expansion unerwünscht ist“ (S. 97f.). Bewußt und gesellschaftlich ausgehandelt wären also Regulierungen zu arrangieren, die sich in der kapitalistischen Ökonomie durch den Ausgleich der Profitraten vollziehen. Es geht darum, „Preisnormen zu schaffen, die eine Restrukturierung in der richtigen Richtung durch unterschiedliche Erträge in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen ermutigt“ (S. 98).

Auch die Löhne wären normiert auf der Grundlage demokratisch kontrollierter Arbeitsplatzbewertung. Diese müsste jährlich revidiert werden. In die Bewertung gingen auch die Statistiken über offene Arbeitsplätze und Arbeitssuchende ein. Löhne wären in ihrer Lenkungsfunction für die Verteilung von Arbeitskräften auf die verschiedenen Arbeitszweige ebenso demokratisch zu gestalten wie in den zugrundeliegenden makroökonomischen Entscheidungen über das Niveau der gesamten Investitionen, des Gesamtkonsums sowie des Produktivitätswachstums. Die entsprechenden Normen „würden über eine Vielzahl von Kanälen durchgesetzt. Steuerliche Maßnahmen, Sanktionen für Vertragsverletzung, Veröffentlichung von Abweichungen und die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens, die sich auf eine offene Gesellschaft gründet, einschließlich eines öffentlichen Prozesses der Preisbildung...“ (S. 95f.).

Extraprofite stellen nicht den einzigen Anreiz zur Innovation dar. Alternative Prämien wären: der Zuwachs an Freizeit, die Erleichterung der Arbeit, die soziale Anerkennung, die Neugierde, die Freude an neuem Wissen, an den eigenen Fähigkeiten und an der Lösung von Problemen (vgl. zur Diskussion alternativer Anreize auch Albert/Hahnel 1992). Die Überwindung des Privateigentums an Information behindert notwendige und sozial wünschenswerte Innovationen dann nicht, wenn die Technologiebank Lizenzgebühren zahlt (vgl. Elson, S. 99).

Dem Einwand hoher Kosten und hohen Zeitaufwandes für demokratische Planung wird mit dem Hinweis auf die bereits unter gegebenen Verhältnissen immense Arbeit der Kalkulation, Marktforschung und Planung begegnet. Die Transaktionskosten, die als Such- und Informationskosten, Verhandlungskosten und Kontroll- und Sanktionskosten anfallen, werden für die USA mit 55 Prozent des Bruttosozialprodukts beziffert (Braun 1999, 237). Der Konkurrenz geschuldete parallele Arbeiten, die aus der Unterwerfung der Arbeitenden unter das Kapital begründeten Kontrollen und Spaltungen, die Produktion von Gütern, die Schäden mit sich bringen oder unterstellen, die Kompensation negativer Effekte der nachträglichen Koordination auf dem Markt und anderes mehr schaffen einen Überschuss an Arbeit, der in einer anderen Gesellschaft wegfallen könnte. So gäbe es keinen Anlaß, von vornherein anzunehmen, daß der Zeitaufwand für eine selbstverwaltete Gesellschaft jene Zeit übersteige, mit der heute Menschen und Sachen verwaltet würden. Wohl aber könnte sich die soziale Verteilung des Zeitaufwandes verändern.

Anmerkungen

- 1 Ich klammere hier eine Diskussion der Frage aus, inwieweit die Hindernisse und Schwierigkeiten der Gestaltung von Gesellschaft (vgl. dazu Creydt 2000) durch die skizzierten Konzepte bewältigt werden können. Weisskopf (1992) hat diese Frage in bezug auf die im folgenden skizzierten Modelle eher skeptisch zugespitzt. Albert und Hahnel (1992) geben dazu eine Antikritik. Ausgeklammert bleibt ebenso eine Diskussion der von der „Sozialisierung des Marktes“ zu unterscheidenden Konzepte von „Marktsozialismus“ (Nove 1983, Bardhan/Roemer 1993, Bonschab 1997, Schöler 1999) wie eine Diskussion rätekommunistischer ökonomischer Konzepte (Gruppe Internationale Marxisten, Holland 1930, Seifert 1983).
- 2 Ich habe in einer ähnlichen Richtung andernorts (Creydt 2000/139ff.) eine Kritik am kapitalismustheoretischen Unterbau einer deutschen Variante des Marktsozialismus aus den 90er Jahren (Bischoff/Menard 1990) geübt und in einer kurzen Skizze über die Erfahrungen mit der ungarischen und jugoslawischen Mischung von administrativ gelenkter und marktförmig regulierter Wirtschaft auf die Unverträglichkeitseffekte hingewiesen.

Literatur

- Adaman, Fikret/ Devine, Pat, 1997: On the Economic Theory of Socialism. In: New Left Review 221, January, London
- Albert, Michael/ Hahnel, Robin, 1992: Socialism as it was always meant to be. In: Review of Radical Political Economics: Vol. 24, No. 3/4
- Barber, Benjamin, 1994: Starke Demokratie – Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg
- Bardhan, Pranab K./ Roemer, John E., 1993: Market Socialism: the current debate. New York
- Bettelheim, Charles u.a. 1972: Zur Kritik der Sowjetökonomie. Hg. v. P. Strotmann. Berlin
- Bischoff, Joachim/ Menard, Michael, 1990: Marktwirtschaft und Sozialismus. Hamburg
- Bonschab, Thomas, 1997: Marktsozialismus als neues Gesicht – Perspektive auf eine alternative Wirtschaftsordnung unter Neubestimmung der politischen Kultur. Frankfurter Rundschau 18.3.

- Braun, Dietmar, 1999: Theorie rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Opladen
Breitenbach, Hans/Burden, Tom/Coates, David, 1990: Features of a Viable Socialism. New
York
- Brus, Wlodzimierz/ Laski, Kazimierz, 1990: Von Marx zum Markt. Marburg
- Creydt, Meinhard, 1994: „Individualisierung“ als Ursache rassistischer Gewalt? Zu Heit-
meyers Diagnose des Verfalls von Werten und Sozialintegration. In: Das Argument H.
205, Berlin/Hamburg
- Ders., 1999: Arbeit als Perspektive. Argumente für einen kritischen und erweiterten
Arbeitsbegriff. In: Weg und Ziel, H. 2, Wien
- Ders., 1999a: Anhang zu: Probleme nichtsubalterner Basispolitik. In: Grün-Links-Alternat-
ives Netzwerk Ruhrgebiet (Hg.): „Grün-links-alternative Perspektiven für NRW ?!“
Dortmund
- Ders., 2000: Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit – Utopismus und Gestaltungspessimis-
mus im gesellschaftstheoretischen Denken. Frankfurt/M.
- Devine, Pat, 1988: Democracy and Economic Planning: The Political Economy of a Self-
Governing Society. Cambridge
- Devine, Pat, 1992: Market Socialism or Participatory Planning? In: Review of Radical
Political Economics. Vol. 24. Nr. 3/4
- Dobb, Maurice, 1937: Political Economy and Capitalism. London
- Elson, Diane, 1990: Markt-Sozialismus oder Sozialisierung des Markts. In: Prokla H. 78,
Berlin; erschien auch in: Info des Linken Forum in den Grünen H. 6 (zuerst in New Left
Review 1988, No. 172)
- Estrin, S., 1989: Workers' Cooperatives: Their Merits and their Limitations. In: J. Le Grand,
S. Estrin (Eds.): Market Socialism. Oxford
- Forschungsprojekt „Lokale Ökonomie“ an der TU Berlin (Hg.), 1994: Lokale Ökonomie –
Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Krisenregionen – Ein internationales Symposium.
Sonderband Berliner Debatte. Berlin
- Gruppe Internationale Marxisten (Holland), 1930: Grundprinzipien kommunistischer Pro-
duktion und Verteilung. Wiederabdruck 1970 Berlin und gekürzt in der Reihe „Texte des
Sozialismus und Anarchismus“ (Hg. G. Mergner), 1971. Reinbek
- Guevara, Ernesto Che, 1972: Ökonomie und neues Bewußtsein. Berlin
- Livingstone, Ken, 1987: If Voting Changed Anything They Would Abolish It. London
- MacIntosh, M./ Wainwright, H., 1987: A Taste of Power: The Politics of Local Economics.
London
- Mandel, Ernest, 1986: In defence of socialist planning. In: New Left Review, no. 159,
London
- Mandel, Ernest, 1988: The myth of market Socialism. In: New Left Review. , no. 169,
(deutsch z.T. in: Inprekorr H. 200, 209 1988)
- Miller, David, 1989: Market, State and Community. Oxford
- Nove, Alec, 1983: The Economics of Feasible Socialism. London
- Nove, Alec, 1987: Markets and socialism. In: New Left Review, no. 161, London
- Schöler, Uli, 1999: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische
Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus. Bonn
- Seifert, Eberhard, 1983: Die rätekommunistische Tradition von „Ökonomie der Zeit“. In:
Prokla H. 51, Berlin
- Wainwright, Hilary, 1994: Arguments for a new left. Oxford
- Weisskopf, Thomas E., 1992: Toward a Socialism for the Future, in the Wake of the Demise
of the Socialism of the Past. In: Review of Radical Political Economics. Vol. 24 No. 3,4